

Antrag

der Abgeordneten Dr. Hermann Ott, Dr. Valerie Wilms, Omid Nouripour, Hans-Josef Fell, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Undine Kurth (Quedlinburg), Nicole Maisch, Dorothea Steiner, Cornelia Behm, Harald Ebner, Bettina Herlitzius, Dr. Anton Hofreiter, Stephan Kühn, Ingrid Nestle, Friedrich Ostendorff, Markus Tressel, Daniela Wagner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Abkommen zum Schutz der Arktis unverzüglich auf den Weg bringen – Internationale Zusammenarbeit zum Schutz der Arktis

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Arktis ist eines der empfindlichsten Ökosysteme der Erde. Die Folgen des Klimawandels sind in der Arktis verstärkt spürbar und heute schon unübersehbar. So findet die Erwärmung der Arktis deutlich schneller statt als auf dem übrigen Globus. Die Temperatur in der Arktis stieg im letzten Jahrhundert um durchschnittlich 2 °C, während sie im globalen Mittel „lediglich“ um 0,8 °C anstieg. Durch die fortschreitende Erwärmung und die damit verbundene Schmelze des Eises entstehen Zugangsmöglichkeiten zum Meeresgrund und den dort vorhandenen Rohstoffen; seltene Erden, Gold, Zink, Kohle, Eisen und 20 bis 25 Prozent der weltweit noch vorhandenen Erdöl- und Erdgasvorkommen werden dort vermutet. Besonders die Anrainerstaaten, aber auch die EU und Deutschland beginnen, das enorme Rohstoffpotenzial der Region zu erkennen. Staaten melden bereits Ansprüche an, um sich die durch die anhaltende Eisschmelze langsam nutzbar werdenden Rohstoffe zu sichern.

Der Wettlauf um die endlichen Ressourcen unter dem ewigen Eis ist bereits in vollem Gange. Die Anrainerstaaten der Arktis schicken jährlich neue Expeditionen ins Polarmeer, denn die Seerechtskonvention UNCLOS besagt, dass ein Staat bis zu zehn Jahre nach der Ratifizierung der Konvention Ansprüche auf die Neufestlegung seiner Kontinentalplatten anmelden kann. Er kann so das Recht erlangen, über die ausschließliche Wirtschaftszone (200 Seemeilen vor der Küste) hinaus Bodenschätze auszubeuten. Die Forschungsexpeditionen sollen den Meeresboden vermessen und so Belege für Gebietsforderungen liefern, indem sie zeigen, dass die Kontinentalplatten weiter ins Meer reichen, als bisher angenommen. Die Festlandsockelgrenzkommission der Vereinten Nationen entscheidet über die Triftigkeit der von den Staaten vorgelegten wissenschaftlichen Argumente. Allerdings ist bisher noch völlig unklar, welcher Teil der vermuteten Ressourcen tatsächlich außerhalb der 200-Meilen-Zone liegt.

Die Arktis ist einer der extremsten, aber auch sensibelsten Lebensräume der Erde. Organismen, die hier leben, sind in hohem Maße an die in der Arktis herrschenden Extrembedingungen angepasst. Verändern sich diese Bedingungen nun weiter so rasant oder gar schneller als im letzten Jahrhundert, ist die Biodiversität in der Polarregion ernsthaft gefährdet. Schon heute schrumpfen Karibuherden,

und die für viele Meeressäuger überlebenswichtigen Eisflächen werden immer kleiner. Die Anpassungsgeschwindigkeit und die Anpassungsfähigkeit einiger Gänsearten können mit der Geschwindigkeit des Klimawandels schon nicht mehr Schritt halten. Eine systematische Rohstoffausbeutung würde die Region erheblich zusätzlich belasten und den einzigartigen Lebensraum Arktis vermutlich vollends zerstören. Der zu erwartende zusätzliche Schiffsverkehr birgt weitere Risiken. Insbesondere die Ablagerung von Rußpartikeln sowie das illegale Löschen von Schiffsabfällen und Treibstoffrückständen stellen eine Gefährdung dar.

Die wichtigste Veränderung in der Arktisregion ist die dramatische Eisschmelze. Das Sommereis 2007 bedeckte nur eine Fläche von 4 Mio. Quadratmetern, während das Meereis im Jahr 1979 noch eine Ausdehnung von durchschnittlich 7,5 Mio. Quadratmetern erreichte. Aber nicht nur die Ausdehnung, sondern auch die Dicke des Eises verringern sich stetig. Im April 2009 war das Eis in der Arktis so dünn wie nie zuvor. Über 90 Prozent der Eisoberfläche sind weniger als drei Jahre alt. Verschiedene Berechnungen (darunter vom Forschungsprogramm der Europäischen Kommission DAMOCLES) sagen voraus, dass die arktische See spätestens zwischen den Jahren 2020 und 2040 im Sommer eisfrei sein könnte. Der Verlust von Meereisfläche beschleunigt den Klimawandel durch den Albedo-Effekt gleich doppelt. Die kleiner werdende Eisfläche kann weniger Sonnenstrahlen in die Atmosphäre zurückreflektieren, die größer werdende Wasseroberfläche dagegen absorbiert die Sonneneinstrahlung, wärmt sich dadurch auf und beschleunigt wiederum die Eisschmelze. Die Eisfläche der Arktis spielt aufgrund dieser Eigenschaften eine Schlüsselrolle im globalen Kühlungssystem.

Diese Veränderungen fordern die internationale Zusammenarbeit neben der zentralen ökologischen Frage auch in zahlreichen anderen Politikfeldern. Der Rückgang des Eises ermöglicht neue Schifffahrtsrouten, die neuen Zugänge zum Festland werfen sicherheitspolitische Fragen auf und Streit um die endlichen Ressourcen könnte Spannungen zwischen den Staaten befördern.

Deutschland ist unter anderem dank seiner traditionsreichen und renommierten Forschungsstation des Alfred-Wegener-Instituts für Polar- und Meeresforschung in Spitzbergen beobachtendes Mitglied des Arktischen Rates, wo viele der oben genannten Fragen behandelt werden. Die Bundesregierung hat damit die Möglichkeit, aktiv an der Ausgestaltung der Arktispolitik mitzuwirken.

Aus dieser Tradition hat Deutschland die Verantwortung, seine Arktispolitik nicht von Handels- und Ressourceninteressen leiten zu lassen, sondern den ernsthaften Umwelt- und Klimaschutz in den Mittelpunkt zu stellen. Das setzt einen effektiven Rahmen internationaler Zusammenarbeit voraus, am besten in Form eines Arktisvertrags, mindestens aber durch die Intensivierung der Zusammenarbeit in den bestehenden Gremien. Beim Schutz und der Nutzung endlicher Ressourcen in der Arktis spielen insbesondere auch indigene Bevölkerungsgruppen eine wichtige Rolle. Die Wahrung ihrer Rechte und ihre intensive Beteiligung müssen zentraler Bestandteil der Arktispolitik sein. Angesichts der rapide fortschreitenden Erwärmung der Arktis und vielfältiger zusätzlicher Nutzungsansprüche muss bezweifelt werden, dass die bereits vorhandenen Vereinbarungen und Institutionen für den Schutz der Arktis ausreichend sind.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. dem Schutz der Arktis hohe Priorität einzuräumen und ihn über die wirtschaftlichen Interessen ob der in der Arktis gelegenen Rohstoffvorkommen zu stellen;
2. auf multilateraler Ebene neue Initiativen zu ergreifen und sich konsequent für die Durchsetzung bereits gefasster Entschlüsse zum Schutz der Arktis einzusetzen und dabei auf die Akteure, die ein besonders großes Interesse an den Rohstoffvorkommen der Arktis haben, aktiv zuzugehen;

3. sich auf internationaler Ebene dafür einzusetzen, einen dem Antarktisvertrag aus dem Jahr 1959 vergleichbareren Arktisvertrag auszuhandeln, um die wirtschaftliche Ausbeutung und die damit einhergehende Verschmutzung des arktischen Meeres durch die Anrainerstaaten zu verhindern;
4. sich unabhängig davon im Rahmen der internationalen Schifffahrtsorganisation (IMO) für einen anspruchsvollen „Polar Code“ zu verwenden, der Bestandteil eines solchen Arktisschutzvertrages werden kann;
5. das ILO-Übereinkommen 169 (ILO = International Labour Organization) über die Rechte indigener Völker umgehend zu ratifizieren;
6. sich zusätzlich verstärkt in die Beratungen des Arktischen Rats einzubringen und für die Stärkung seiner Kompetenzen einzutreten mit dem Ziel, eine Organisation zu entwickeln, die für strittige Fragen der internationalen Zusammenarbeit im arktischen Raum Schlichtungs- und Regulierungskompetenzen hat;
7. in diesem Prozess für den Erhalt und den Ausbau der Stimme indigener Völker im Arktischen Rat einzutreten;
8. im Rahmen der EU auf einen sicherheitspolitischen Dialog mit den anderen Arktisanrainern hinzuwirken, der die strittigen neuen Sicherheitsfragen der arktischen Region klären kann und somit einer Aufrüstung in der Region entgegenwirkt;
9. aktiv für einen Beitritt der USA zum UNCLOS (United Nations Convention On The Law Of The Sea) zu werben;
10. im Rahmen der Europäischen Union für eine einheitliche Position zum Schutz der Arktis zu entwickeln und diese über die europäischen Mitgliedsländer im Arktischen Rat zu vertreten;
11. sich dafür einzusetzen, den internationalen Seegerichtshof und die UN-Meeresbodenbehörde (ISA) zu stärken und diesen Institutionen die Möglichkeit einzuräumen, gegen geplante Vorhaben vorzugehen und insbesondere bergbauliche Aktivitäten zu untersagen;
12. sich dafür einzusetzen, dass die kommerzielle Schifffahrt in der Arktisregion auf ein ökologisch verträgliches Maß beschränkt wird und mögliche neue Routen durch die Arktis als ein erster notwendiger Schritt in die Emissions-Überwachungsgebiete einbezogen werden;
13. sich zum Schutz der Arktis zu einem ambitionierten Vorreiter beim Klimaschutz zu machen und sich in diesem Zusammenhang intensiv für den internationalen Klimaschutz einzusetzen, denn der Schutz der Arktis ist unerlässlich zum Erhalt der wichtigen 2-Grad-Marke;
14. sich für ein internationales Moratorium zur Förderung fossiler (Erdöl, Erdgas, Methanhydrat, Kohle) und nuklearer Rohstoffe einzusetzen, um sowohl lokale und regionale Umweltverschmutzungen als auch weitere CO₂- und Methanemissionen zu vermeiden, bis ein Abkommen zum Schutz der Arktis endgültig geschlossen wurde;
15. die deutsche Polarforschung als wichtiges Engagement für den Schutz des Ökosystems und als Zeichen des deutschen Engagements für die Arktis zu stärken.

Berlin, den 5. Juli 2011

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

